

# Wohnen als EU-Thema

Autor(en): **Hachmann, Claus Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **69 (1994)**

Heft 9: **Zulliger, Jürg**

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-106162>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit etwas Verzögerung ist der Vertrag von Maastricht politische Wirklichkeit geworden. Viele Menschen haben aber das Gefühl, dass ein wirtschaftlich erweiterter Markt für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger nichts bringt. Es wird deshalb zunehmend wichtiger, konkrete wirtschaftliche und soziale Lösungen anzubieten. Das sogenannte Grünbuch der EU-Kommission soll dazu beitragen. Sein Hauptziel ist es, die soziale Integration von Personen, die sich rechtmässig im Gebiet der EU aufhalten, durch Gesundheitsschutz, soziale Sicherheit, Wohnmöglichkeiten, Beschäftigung und Bildung zu verbessern. Damit deckt die EU ein breites Themenspektrum ab, eine «europäische Sozialpolitik» jedoch steckt noch in den Anfängen. Die erste Verordnung im sozialen Bereich betrifft die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, eine der vier Grundfreiheiten des EWG-Vertrages. Dieses Recht hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Wohnungsnachfrage in den Mitgliedsländern der EU. Der Zustrom von Wanderarbeitnehmern führt zu einer noch stärkeren Verknappung des ohnehin zu geringen Mietwohnungsbestandes in Grossstädten. Im weiteren hat die besorgniserregende Zunahme der Arbeitslosigkeit die EU veranlasst, neu darüber nachzudenken, wie eine weitere negative Entwicklung vermieden werden könnte.

**SOZIALMASSNAHMEN** Zur besseren Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist eine Reihe von Programmen ins Leben gerufen worden. Es werden bereits praktische Versuchsprojekte unternommen, beispielsweise:

- die Verbindung von Mindesteinkommen mit einer Unterstützung bei der Wiedereingliederung in das Erwerbsleben
- eine wirksamere Ausgestaltung sozialer Hilfsprogramme, die ein dauerhaftes Abgleiten in die Arbeitslosigkeit vermeidet
- eine präventive Arbeitsmarktpolitik
- Förderung der Chancengleichheit durch Qualifikationsmassnahmen zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- Massnahme zur Eingliederung von Behinderten
- Schritte zur sozialen und wirtschaftlichen Integration von Zuwanderern
- kombinierte Strategien in verschiedensten Bereichen wie Bildung, Beschäftigung, Sozialleistungen und Wohnungswesen

**VERÄNDERTE BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR** Der Trend zu einer ständig steigenden Zahl älterer Menschen hält an. Hingegen gibt es eine geringer werdende Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Bis zum Jahr 2020 – so schätzt die EU-Kommission – könnte sich der Anteil der über Sechzigjährigen gegenüber dem Anteil der Erwerbsfähigen um etwa fünfzig Prozent erhöhen. Dies wird die Wohnungsversorgung erheblich beeinflussen. Ange-

FOTO: EXPRESS



Bald mehr über Sechzigjährige als Erwerbsfähige – eines der sozialpolitischen Themen im «Grünbuch» der EU.

## WOHNEN ALS EU-THEMA

sichts der Überalterung der Bevölkerung stellt man in der EU-Kommission Fragen nach der Rolle der älteren Menschen im wirtschaftlichen und sozialen Leben, zur Förderung der Solidarität zwischen den Generationen und zur Diskriminierung von alten, pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Verschiedene weitere Entwicklungsfragen treten zutage, wenn die städtische Bevölkerungszunahme betrachtet wird: Die weitere Ausgestaltung der städtischen Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen ist von der Lösung einer breiten Skala von Problemen abhängig, zu denen auch ein klares sozioökonomisches Konzept der Stadtentwicklung und Integrationsmassnahmen gehören. In Städten führt die Mietexplosion zu immer härteren Verdrängungsprozessen, bei denen

die einkommensschwachen Bevölkerungsteile auf der Strecke bleiben.

**SOLIDARITÄTSFÖRDERNDE MASSNAHMEN** Die soziale Integration aller Bürger und die Vermeidung von Ausgrenzungsmechanismen ist von grosser Bedeutung für den sozialen Frieden in Europa. Die durch die sich verschärfenden Probleme der Arbeits- und Obdachlosigkeit hervorgerufenen Herausforderungen erfordern gemeinsame Anstrengungen seitens der Mitgliedsstaaten und aller beteiligten Nichtregierungsorganisationen. Die EU-Kommission schlägt vor, der Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut eine Dimension zu verleihen, die auf einer Kombination von nationalen Bemühungen und dem EU-Strukturfonds beruht.

**WOHNUNGSWIRTSCHAFT** Auf sie kommen Herausforderungen zu, die in den meisten Ländern der EU kaum aus eigener Kraft zu bewältigen sind. Mit Recht spricht auch die Kommission von Verteilungskämpfen um Arbeitsplätze und Wohnungen, bei denen Rechtsextremismus und Bereitschaft zur Gewalt gegenüber Minderheiten in gefährlicher Weise erhöht wird. Dieser Entwicklung zu begegnen, hat sich die EG-Kommission vorgenommen.

**CLAUS JÜRGEN HACHMANN**

DER AUTOR IST BEIM GESAMTVERBAND DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT GDW IN KÖLN TÄTIG.